

Zuwanderungsdebatte: Wer alles vermischt, **zeichnet ein verzerrtes Bild**

22.05.2026

Auf einen Blick

- In der aktuellen Debatte über die Chaos-Initiative werden Zahlen vermischt, aufaddiert oder in einem unpassenden Kontext verwendet.
- Nicht jede Einwanderung ist gleich. Je nach Steuerungssystem und Herkunftsregion ist die Zusammensetzungen sehr unterschiedlich.
- Wer alle Migrationsarten undifferenziert zusammenwirft, wird dem Anspruch einer seriösen Debatte nicht gerecht.

Am 14. Juni 2026 stimmen wir darüber ab, ob die Schweiz einen starren Bevölkerungsdeckel in die Verfassung schreiben soll. Die Chaos-Initiative der SVP will das Bevölkerungswachstum bis zum Jahr 2050 auf 10 Millionen Menschen begrenzen. Im Zentrum der Debatte steht erneut die Zuwanderung, weil diese in den letzten Jahren massgeblich zur Zunahme der ständigen Wohnbevölkerung beigetragen hat. Je näher der Abstimmungstermin rückt, desto intensiver und emotionaler wird die Debatte darüber geführt. Das ist gut so, denn Entscheidungen von solcher Tragweite für die Schweiz sollen und müssen ernsthaft diskutiert und aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet werden. Gleichzeitig muss diese Debatte differenziert und auf Basis korrekter Zahlen geführt werden. Zu diesem Zweck hat [economiesuisse](#) ein neues dossierpolitik veröffentlicht, in dem Fragen rund um die Zuwanderung sachlich und anhand der verfügbaren Daten geklärt werden.

Einwanderung ist nicht gleich Einwanderung

In der aktuellen Debatte werden Zahlen vermischt, aufaddiert oder in einem unpassenden Kontext verwendet. Das verleitet zu falschen Schlüssen. Ein prominentes Beispiel ist die Betrachtung der gesamten Einwanderung, um daraus Aussagen bezüglich einzelner Arten oder Herkunftsregionen abzuleiten. Es wird suggeriert: Nur jede zweite Zuwanderung dient der Erwerbstätigkeit – der Rest belastet primär die Steuerzahler. Dieses verzerrte Bild ist aus mehreren Gründen problematisch:

- Die Schweiz kennt je nach Herkunft und Art der Migration verschiedene Steuerungssysteme und Anforderungen. Von einer «ungesteuerten» Zuwanderung kann keine Rede sein. Während als Beispiel die Arbeitsmigration aus Drittstaaten über Kontingente geregelt wird, richtet sie sich im Fall der PFZ nach dem effektiven Bedarf der Wirtschaft aus.
- Die verschiedenen Steuerungssysteme führen zu Unterschieden in der Zusammensetzung der Einwanderung in die ständige Wohnbevölkerung. Bei der PFZ erfolgen seit 2008 rund zwei Drittel aus Erwerbsgründen, etwa ein Fünftel entfällt auf den Familiennachzug.

- Die Zahlen des Staatssekretariats für Migration (SEM) widerspiegeln nur den Einwanderungsgrund zum Zeitpunkt des Zuzugs. Aussagekräftiger für die Migration bzw. Integration in den Arbeitsmarkt ist die Erwerbsbeteiligung. Diese lag 2024 gemäss Observatoriumsbericht für EU/EFTA-Bürger bei über 85 Prozent und bei Staatsangehörigen aus Drittstaaten bei knapp 74 Prozent.
- Nebst der Erwerbstätigkeit gibt es weitere Einwanderungsgründe: Familiennachzug, Aus- und Weiterbildungen, Aufenthaltsbewilligungen ohne Erwerb oder auch ein positiver Asylentscheid. Die Annahme, diese Gruppen würden automatisch Kosten verursachen, ist falsch. Bund und Kantone stellen klare Anforderungen, unter denen eine Aufenthaltsbewilligung erteilt wird. Unterstützung gibt es nur unter klaren Vorgaben von Bund und Kantonen.

Vermischung der Zuwanderungszahlen ist unseriös

Die Vermischung aller Arten der Migration ist nur ein Beispiel dafür, wie mit einer undifferenzierten Darstellung ein verzerrtes Bild gezeichnet werden kann. Um eine seriöse Debatte führen zu können, sollten wir die wichtigsten Zahlen im Zusammenhang mit der Zuwanderung kennen. Dann zeigt sich: Das verbreitete Narrativ hält den Fakten nicht stand. Zuwanderung folgt klaren Regeln, erfüllt unterschiedliche Funktionen und ist gerade für den Arbeitsmarkt von zentraler Bedeutung. Wer alles vermischt, zeichnet ein verzerrtes Bild und trägt wenig zu einer konstruktiven Diskussion bei.

Guido Saurer

Stv. Bereichsleiter Wirtschaftspolitik & Bildung